

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1933**

122 (17.10.1933)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-891355](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-891355)

# Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unversicherten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von L. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Kontursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Seimat und Welt“ für den Monat 1,00 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Für durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen kein Einpruchsrecht.

Schleßfach 17

Nr. 990

Nr. 122

Elsfleth, Dienstag, den 17. Oktober

1933

## Am Frieden und Ehre

„Die für alle so notwendige endliche Weltfriedung kann nur erreicht werden, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller.“

Mit diesen Worten schließt der Appell des Reichspräsidenten Adolf Hitler an das deutsche Volk, den er erst kürzlich nach dem Sieg über den Völkerverbund und über den Abbruch der Abrüstungskonferenz und über den Abbruch der Völkerverbund und über den Abbruch der Völkerverbund... (Text continues with a call for peace and honor, emphasizing the need for a final settlement and the rejection of victor-vanquished distinctions.)

Der Eindruck, den dieser Beschluß im Ausland hervorgerufen hat, läßt erkennen, daß man mit einer solchen Wendung der Dinge nicht andeutungsweise gerechnet hat. Nach den bisherigen Erfahrungen war man im Ausland geneigt, daß Deutschland sich in dem Augenblick einem neuen Akt beuge, wo die übrigen sogenannten Siegerstaaten wieder einmal auf Kosten Deutschlands geeinigt hätten... (Text discusses international reactions and the impact of the decision.)

Denn eines steht fest: jedes einzelne Volk auf der Welt hat heute, daß der Frieden der Menschheit so lange nicht sicher sein kann, so lange die Ungleichheit der nationalen Freiheit so verteilt ist wie bisher. Der Starke bedroht den Schwachen. Und es mußte je länger je mehr... (Text argues for equality and justice for all nations.)

Die französischen Drahtzieher waren zynisch genug, ihren Plan in Genf durchzuführen, der in zweimal vier Jahrzehnten Deutschland in seiner bisherigen Wehr- und Unabhängigkeit belassen sollte. Daß es ausgerechnet der deutsche Außenminister Simon war, der diesen neuen französischen Kontroll- und Sabotageplan in Genf zu vertreten... (Text criticizes French actions and the role of German officials.)

Deutschland hat unter diesen Umständen die Abrüstungskonferenz sofort verlassen und den Austritt aus dem Völkerverbund angekündigt. Das ist ein Schritt, der den Völkerverbund um das letzte Reststück und die sogenannten Siegerstaaten um die letzte Möglichkeit bringt, ihre Abrüstungs-... (Text announces Germany's exit from the League of Nations and the disarmament conference.)

Dieser französischen Feindschaft mußte ein entschlossenes Halt entgegengekehrt werden. Adolf Hitler hat in Uebereinstimmung mit Hindenburg und den Kabinettsmitgliedern dieses Halt ausgesprochen. Denn jetzt geht es um Deutschlands Ehre, um seinen Frieden, seine Freiheit. Will es der Sklave Frankreichs oder ein freies Volk auf freier deutscher Scholle sein? Diese Frage wird jedem einzelnen heute vom Führer vorgelegt, damit er sich am 12. November klar entscheiden kann. Wer die Sklaverei vorzieht, der vertraue Frankreich, wer aber Freiheit, Ehre und Frieden des deutschen Volkes will, der kann sich nur für Hindenburg und Hitler erklären.

## Austritt aus dem Völkerverbund

Die Parlamente aufgelöst — Neuwahlen am 12. November

Die Reichsregierung hat wegen der demütigenden Lage auf der Abrüstungskonferenz den Austritt aus dem Völkerverbund erklärt. Gleichzeitig hat die deutsche Vertretung die Abrüstungskonferenz verlassen.

Am der Nation Gelegenheit zu geben, zu den Lebensfragen des deutschen Volkes Stellung zu nehmen, hat der Reichspräsident durch Verordnung vom 14. Oktober 1933 den Reichstag und die Länderparlamente aufgelöst. Neuwahlen zum Reichstag sind für den 12. November ausgeschrieben worden, während die Reichskammern angewiesen worden sind, von Neuwahlen zu den Länderparlamenten einstweilen abzusehen.

## An das deutsche Volk!

Aufruf der Reichsregierung.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Befähigung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinen-gewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigsten Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Ueberwindung der Kriegssphäre und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftlos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrhaftigkeit, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unangängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschluß, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerverbund auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorzuziehen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verwirrung der Not und des Elends des Verfallener Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Wüßlingswettkampf anderer Natio-

nen teilzunehmen; sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage:

Billigt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung, und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?

## Aufruf des Führers

Der Reichskanzler hat folgenden Aufruf erlassen:

„Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsch, das Wert des friedlichen inneren Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerverbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.“

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht

Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung, wenn nötig jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherung entschließen. Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurden das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das Schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr gebilligt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außer Stande, unter solchen Umständen als rechtslose und zweifelhafte Nation noch weiterhin an den Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

Indem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie wird deshalb auch ihren Austritt aus dem Völkerverbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtigster Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft, dem deutschen Volke zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm, eine Verbündung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrhaftigkeit und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volk damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als beschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrhaftigkeit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß steht, die ebenso sehr die Liebe zu unserem Volke und der Achtung vor seiner Ehre entsprechen, wie auch der Ueberzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltfriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller.

gez. Adolf Hitler.

## Auflösung der Parlamente

Am dem deutschen Volk Gelegenheit zu bieten, selbst zu den gegenwärtigen Schicksalsfragen der Nation Stellung zu nehmen und seiner Verbundenheit mit der Reichsregierung Ausdruck zu geben, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 14. Oktober 1933.

Der Reichspräsident gez. von Hindenburg

Der Reichskanzler gez. Adolf Hitler.

Der Reichsminister des Innern gez. Dr. Frick.





